



Fraktion der Bürgerbewegung pro NRW im Rat der Stadt Leverkusen

pro NRW – Humboldtstr. 2a – 51379 Leverkusen

Stadt Leverkusen
Herrn Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Haus-Vorster-Str. 8
51379 Leverkusen

per Fax 02 14 - 406 88 82

Manfred Rouhs

Telefon: 0 21 71 / 39 49 639

Telefax: 0 21 71 / 39 58 711

fraktion@pro-nrw.net

07.12.2009

Antrag: Aussetzung der Aktivitäten des Integrationsrates

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion pro NRW bitten Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Rates der Stadt Leverkusen aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Leverkusen möge beschließen:

Der Rat der Stadt Leverkusen fordert den Integrationsrat auf, seine Aktivitäten ruhen zu lassen, so lange die Stadt Leverkusen der Vorläufigen Haushaltsführung durch den Regierungspräsidenten unterliegt. Insbesondere stellt der Rat fest, daß weitere Sitzungen und Beschlüßfassungen des Integrationsrates bis zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit der Stadt Leverkusen unnötig sind.

Begründung:

Der Integrationsrat faßt immer wieder Beschlüsse, die mangels wirtschaftlicher Handlungsfähigkeit der Stadt Leverkusen nicht umgesetzt werden können.

Am 10. November 2009 beehrte der Integrationsrat per Mehrheitsbeschluß die Aufnahme von 80 Armutsflüchtligen in Leverkusen. Zur Umsetzung dieses Anliegens fehlen der Stadt die finanziellen Mittel. Sie ist noch nicht einmal formal berechtigt, einen entsprechenden Beschluß zu fassen, so lange sie den besonderen Bestimmungen des Nothaushalts unterliegt.

Am 1. Dezember 2009 verabschiedete der Integrationsrat einen Appell für Werbemaßnahmen im Zusammenhang mit der Neuwahl des Gremiums in 2010. Dem darf der Rat nicht folgen, weil es sich hierbei um vermeidbare freiwillige Ausgaben handelt, die das Haushaltsdefizit größer machen würden.

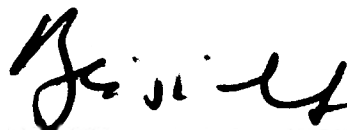
Die jüngsten Beschlüsse des Integrationsrates haben keinen Bezug zur wirtschaftlichen Realität der Stadt Leverkusen. Das Gremium geht im wesentlichen Scheinaktivitäten nach, die zwar nicht unmittelbar schaden, da sie ja folgenlos bleiben, die aber offensichtlich auch nichts und niemandem nützen.

Den Mitgliedern des Gremiums kann die Fortsetzung dieser Scheinaktivitäten nicht empfohlen werden, weil sie dem Grundgedanken der Einbindung von Menschen fremder Nationalität in den kommunalpolitischen Betrieb entgegen stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Manfred Rouhs
- Geschäftsführer -



Markus Beisicht
- Vorsitzender -